Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 18. Januar 2019
Ausgabe 013
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder per WhatsApp
unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Neue Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger für München 2
› OB Reiter zum Tod von Dr. Lilli Kurowski 3
› Neues Mitglied im Verwaltungsausschuss des Kulturbaufonds 4
› Städtische Erziehungsberatungsstelle in Freimann wird eröffnet 5
› NS-Dokumentationszentrum: Gespräch mit Géraldine Schwarz 5
› Abschließende Vorbereitung der Stadtteilwoche Moosach 6
› Veranstaltungen im Münchner Stadtmuseum 6
› „Wärmebrücken aufspüren“: Vortrag im ÖBZ 7
› Geänderte Öffnungszeiten des PlanTreffs 7
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 7
KVR in eigener Sache **8**
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Montag, 21. Januar, 10.30 Uhr, Gasteig, Rosenheimer Straße 5 , Raum E.0131
Pressegespräch zur 13. Münchner Freiwilligen Messe, die am Sonntag, 27. Januar, unter dem Motto „Für unsere Umwelt und die Lebensqualität in unserer Stadt“ stattfindet. Der Hauptveranstalter „FöBE – Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement“ stellt das Motto gemeinsam mit Ehrenamtlichen aus zwei Projekten vor: Tammy Schmidt, die sich bei GreenCity als Vorstandsmitglied engagiert, und Antje Wagner, die beim Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) tatkräftig mithilft.

Donnerstag, 24. Januar, 14 Uhr, städtische Erziehungsberatungsstelle, Karl-Köglsperger-Straße 23
Florian Bauer, Abteilungsleiter für Angebote der Jugendhilfe, und Dr. Bernhard Kühnl, Leiter der städtischen Beratungsstellen in München, eröffnen die städtische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in München-Freimann.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Samstag, 26. Januar, 14 bis 15.30 Uhr, BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (rollstuhlgerecht)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel). Während dieser Zeit besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch unter der Nummer 0170-4 83 47 25 an den Bezirksausschuss zu wenden.

Meldungen

Neue Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger für München
(18.1.2019) Der Ältestenrat des Münchner Stadtrats hat sich in seiner heutigen Sitzung einmütig dafür ausgesprochen, in Anerkennung ihrer herausragenden Verdienste um die Landeshauptstadt München Dr. Hubert Burda, Philipp Lahm, Michaela May, Dr. Rachel Salamander, Jutta Speidel,

Heinrich Traublinger und Herzog Franz von Bayern das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen.
Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde soll in der Vollversammlung am kommenden Mittwoch, 23. Januar, vom Stadtrat beschlossen werden.

OB Reiter zum Tod von Dr. Lilli Kurowski

(18.1.2019) Die Sozialarbeiterin und Juristin Dr. Lilli Kurowski ist gestorben. Zu ihrem Tod erklärt Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die Landeshauptstadt München trauert um Lilli Kurowski. Mit Lilli Kurowski verliert die Landeshauptstadt München eine Mitbürgerin und Mitstreiterin, die sich Zeit ihres Lebens unermüdlich und in herausragender Weise beruflich und ehrenamtlich der Verbesserung der Situation von Frauen und Kindern gewidmet hat. Insbesondere Frauenarmut und Gewalt gegen Frauen gehörten zu den Missständen, die sie mit fundiertem Wissen und großem Engagement bekämpfte.
Als Autorin von Expertisen, als Vortragende und als juristische Beraterin wurde sie nicht müde, mit deutlichen Worten auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und Veränderungen einzufordern. Mit ihren Qualifikationen und ihren Erfahrungen als Sozialarbeiterin und Juristin beriet sie im Laufe der Jahrzehnte tausende Menschen, hauptsächlich zu den Sozialgesetzen.
Lilli Kurowski war Mitinitiatorin der Kampagne ‚Aktiv gegen Männergewalt' und treibende Kraft bei der Gründung des Münchner Runden Tisches gegen Männergewalt, der bis heute besteht. Als eines ihrer herausragendsten Werke muss die Gründung der Münchner Frauenrechtsschule genannt werden, die sie bis zu ihrem Ruhestand leitete, um der besonderen Armutsbetroffenheit von Alleinerziehenden, älteren und ausländischen Frauen entgegenwirken zu können.
Auch nach ihrem Eintritt in den Ruhestand setzte Lilli Kurowski diese so wichtige Arbeit nach Kräften fort und stellte weiterhin ihr juristisches Wissen zur Verfügung. Mit dem von ihr 2004 gegründeten Verein Einspruch schloss sie eine Lücke im Bereich der Beratung zu sogenannten Hartz IV-Themen und der Arbeitsrechte im Niedriglohnbereich. Dem ebenfalls von Lilli Kurowski gegründeten Arbeitskreis Rechte für Frauen gehören über 40 soziale Einrichtungen an, die Frauen in Not beraten und unterstützen. Zuletzt widmete sie sich mit großem Engagement dem Aufbau der Kampagne ‚Schluss mit Niedriglöhnen von Frauen'.
Aufgrund ihres großen Engagements wurde Lilli Kurowski 2007 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt. 2016 erhielt sie die Staatsmedaille für Soziale Verdienste.
2017 wurde Lilli Kurowski, die sich mit großem Weitblick vielen wichtigen Themen gewidmet und bahnbrechende Wege beschritten hat, von der Lan-

deshauptstadt München mit der Medaille ‚München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens' in Gold ausgezeichnet.
Das Zitat von Bertolt Brecht, mit dem Lilli Kurowski bei der Verleihung selbst ihre Arbeit begründete, war bezeichnend für sie: ‚Denn die einen stehen im Dunkeln und die andern im Licht und man sieht die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht'.
Die Landeshauptstadt München wird Lilli Kurowski ein ehrendes Andenken bewahren."

Neues Mitglied im Verwaltungsausschuss des Kulturbaufonds
(18.1.2019) Nach dem Tod des früheren Heimatpflegers der Landeshauptstadt München und späteren Vorsitzenden des Kulturbaufonds, Dr. Dr. Enno Burmeister, hat der Stadtrat bereits Ende 2018 Professor Jörg Homeier als neues Mitglied des Verwaltungsausschusses des Kulturbaufonds benannt.
Professor Jörg Homeier, 1942 in Berlin geboren, studierte an der TU München Architektur. Während seiner zwölfjährigen Mitwirkung im Büro von Professor Karljosef Schattner in Eichstätt konnte er profunde Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Denkmalpflege sammeln. 1989 gründete Jörg Homeier sein eigenes Büro und lehrte als Professor an der Hochschule München. Der spannungsreiche Kontrast zwischen moderner Architektursprache und der bestehenden Bausubstanz prägte unter anderem seine Arbeiten, die mit zahlreichen Preisen und Veröffentlichungen ausgezeichnet wurden. In diversen Gastvorträgen und Werkberichten an verschiedenen Hochschulen, Kommunen und Verbänden, durch seine Preisrichtertätigkeit bei Architekturwettbewerben, häufig auch als Vorsitzender, sowie durch seine Mitgliedschaft in Kunst, Stadtgestaltungs- und Stadtplanungsbeiräten konnte er seine Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben und vergrößern. Als Fachmann in den Bereichen Architektur und Denkmalpflege kann Professor Homeier das Profil des Verwaltungsausschusses hervorragend abrunden.
Der Kulturbaufonds geht auf eine Initiative von Münchner Bürgerinnen und Bürgern der Nachkriegsjahre zurück und war im wahrsten Sinne des Wortes damals so etwas wie eine erste Bürgerinitiative, die sich, bei aller Vordringlichkeit des Wiederaufbaues von Wohnungen und Wirtschaft, auch um das kulturelle Erbe ihrer Stadt und um deren kulturelle Zukunft kümmerte.
Der Stadtrat hat den Kulturbaufonds 1946 eingerichtet. In den Richtlinien über die Verwaltung des Kulturbaufonds ist die Aufgabe definiert, „Münchner Kulturdenkmäler und andere Objekte von historischer, künstlerischer, kultureller und ideeller Bedeutung zu erhalten, zu errichten und wiederherzustellen sowie die Möglichkeit ihrer zeitgemäßen Nutzung zu erkunden".
Er verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Geschäfte des Kulturbaufonds führt das Baureferat im Benehmen mit dem Verwaltungsausschuss des Kulturbaufonds.
Seit seiner Gründung trug der Kulturbaufond dazu bei, eine Vielzahl Münchner Kulturdenkmäler wieder aufzubauen oder zu erneuern – etwa das Siegestor, die Propyläen und bedeutende Brunnen wie zuletzt die Brunnen am Sendlinger-Tor-Platz und am Stachus. Mit der Sanierung des Maschinenhauses der Alten Ziegelei Deck in Oberföhring wurden letzte Zeugnisse der Münchner Ziegelindustrie und somit ein wesentlicher Teil Münchner Stadtgeschichte bewahrt. Durch den Erhalt der Baracke Nr. 5 des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers am Standort Ehrenbürgstraße 9 in Neuaubing konnte die Auseinandersetzung mit der NS-Zwangsarbeit im Sinne eines modernen Erinnerungs- und Lernortes, als Dependance des NS-Dokumentationszentrums ermöglicht werden.

Städtische Erziehungsberatungsstelle in Freimann wird eröffnet
(18.1.2019) Bei einem Tag der offenen Tür können Familien am Donnerstag, 24. Januar, von 14 bis 18 Uhr die neue städtische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in der Karl-Köglsperger-Straße 23 in München-Freimann kennenlernen. Florian Bauer, Abteilungsleiter für Angebote der Jugendhilfe, eröffnet die neue Einrichtung um 14 Uhr. Dr. Bernhard Kühnl, Leiter der städtischen Beratungsstellen, referiert zu Schwerpunktthemen wie Erziehungsfragen, Trennung und Scheidung oder auch Schulproblemen. Interessierte, Anwohner und Fachkräfte des Sozialraums können beim Tag der offen Tür die Einrichtung des Sozialreferats kennenlernen und sich über deren Angebote informieren.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

NS-Dokumentationszentrum: Gespräch mit Géraldine Schwarz
(18.1.2019) Am Dienstag, 22. Januar, 19 Uhr, lädt das NS-Dokumentationszentrum München, Max-Mannheimer-Platz 1, zum Gespräch mit Géraldine Schwarz ins Auditorium ein. Die deutsch-französische Journalistin, Autorin und Dokumentarfilmerin spricht mit Professorin Dr. Mirjam Zadoff, der Leiterin des NS-Dokumentationszentrums, über ihre Deutungen und ihren sehr persönlichen Beitrag zur Erinnerungskultur.
In ihrem Buch „Die Gedächtnislosen“ stellt Schwarz die These auf, die aktuellen rechtspopulistischen Strömungen in Europa seien damit zu erklären, wie sich die europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt haben. Zur Veranschaulichung verknüpft die in Frankreich aufgewachsene Autorin ihre Familiengeschichte mit den großen Entwicklungen.
Überdeutlich sind für Schwarz die Unterschiede beim Umgang mit der nationalen Geschichte: Während in Deutschland auch Mitläufertum und

Mittäterschaft thematisiert wurden, blendete man diese in Frankreich weitgehend aus. In der Bundesrepublik entstand ein differenziertes Verständnis individueller Verantwortung in der Demokratie und ein kollektives Bewusstsein für die Gefahren rechtspopulistischen Denkens.
Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Literaturhaus München statt. Der Eintritt ist frei.

Abschließende Vorbereitung der Stadtteilwoche Moosach
(18.1.2019) Die Vorbereitungen für die Stadtteilwoche Moosach vom 11. bis 13. Juli laufen auf Hochtouren. Das Kulturreferat lädt am Mittwoch, 23. Januar, 19 Uhr, im Kultur- und Bürgerhaus Pelkovenschlössl, Moosacher St.-Martins-Platz 2, zur zweiten und letzten öffentlichen Vorbereitungssitzung unter dem Motto „Wir machen was" ein. Bei der Sitzung werden das Programm vorgestellt und noch letzte Fragen geklärt. Von den im Viertel ansässigen Vereinen, Initiativen, Institutionen, Künstlerinnen und Künstlern wurden bereits zahlreiche Ideen und eine Fülle an unterschiedlichen kulturellen Aktivitäten eingebracht.
Die Stadtteilwoche findet auf Beschluss des Bezirksausschusses 10 Moosach statt und wird vom Kulturreferat der Stadt hauptverantwortlich organisiert und durchgeführt.
Informationen auch unter *www.stadtteilwochen-muenchen.de*.

Veranstaltungen im Münchner Stadtmuseum
(18.1.2019) Das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am Mittwoch, 23. Januar, zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Um 16 Uhr startet die Kuratoren-Führung mit Katharina Zimmermann in der Ausstellung „LAND__SCOPE. Fotoarbeiten von Roni Horn bis Thomas Ruff aus der DZ BANK Kunstsammlung". Die Ausstellung widmet sich der Landschaftsdarstellung in der zeitgenössischen Fotokunst und versammelt Werke, die zwischen 1972 und 2018 entstanden sind. Allen Bildern ist ein Aspekt gemein: Sie präsentieren eine Natur, die von Menschen geformt wurde oder sind Produkte künstlerischer Formung eines vermeintlich natürlichen Bildinhaltes. Katharina Zimmermann, Kunsthistorikerin und Stipendiatin der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, ist Kuratorin der Ausstellung. Sie erläutert konzeptionelle Ansätze der Werkschau und geht am Beispiel ausgewählter Werke auf fotografiespezifische Besonderheiten und künstlerische Methoden in der zeitgenössischen Landschaftsdarstellung ein. Das Tagesticket kostet 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro, die Führung 3 Euro.
- Um 19 Uhr finden ein Podiumsgespräch und eine Buchpräsentation in der Ausstellung „LAND__SCOPE. Fotoarbeiten von Roni Horn bis Thomas Ruff aus der DZ BANK Kunstsammlung" statt. Die Ausstellung ist in enger Kooperation mit der DZ BANK Kunstsammlung entstanden.

Alle Leihgaben stammen aus der Frankfurter Sammlung, die 2018 ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert und sich seit jeher der Fotografie verschrieben hat. Anlässlich dieses Jubiläums erschien die Publikation „Fotofinish. Siegeszug der Fotografie als künstlerische Gattung", die den Status und die Zukunft der künstlerischen Fotografie zu verorten sucht. Die Leiterin der Sammlung Christina Leber wird in einem Abendgespräch mit dem Künstler Jan Paul Evers das Buchprojekt präsentieren und über die Perspektiven der künstlerischen Fotografie sowie über das Profil der Sammlung sprechen. Der Eintritt ist frei.

„Wärmebrücken aufspüren": Vortrag im ÖBZ

(18.01.2019) Am Mittwoch, 23. Januar, 18.30 Uhr, geht es im Ökologischen Bildungszentrum (ÖBZ), Englschalkinger Straße 166, um das Thema „Wärmebrücken mit Thermographie aufspüren." Werner Fuest, Stukkateurmeister und Energieberater, stellt typische Wärmebrücken vor und zeigt die jeweils entsprechenden Sanierungsmöglichkeiten auf.
Die Thermographie mittels einer Wärmebildkamera zeigt anhand von unterschiedlichen Farben in den Aufnahmen Wärmeverluste durch mangelhafte Dämmung oder Luftundichtigkeit bei Gebäuden. Auch Feuchtigkeit in den Wänden als mögliche Ursache für Schimmelbildung wird sichtbar. Diese Wärmebrücken führen zu erhöhten Energieverlusten und damit zu erhöhten Heizkosten und eventuell sogar Gebäudeschäden.
Das Ökologische Bildungszentrum der Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Energieeffizienz und natürliche Baustoffe" an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und meist Mitglieder des ehrenamtlichen Beraterteams im Bauzentrum München.

Geänderte Öffnungszeiten des PlanTreffs

(18.1.2019) Der PlanTreff, die Informationsstelle zur Stadtentwicklung in der Blumenstraße 31, öffnet am Dienstag, 22. Januar, ausnahmsweise erst um 14 Uhr. Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/plantreff*.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 22. Januar

9.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanz-/IT-Ausschuss – Kleiner Sitzungssaal
im Anschluss	Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 23. Januar

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal (Die Sitzung wird als Live-Stream im Internet unter *muenchen.de/stadtrat* übertragen)

KVR in eigener Sache

Schweineschlachtung Gegenstand behördlicher Ermittlungen
(18.1.2019 – teilweise voraus) Anlässlich der Berichterstattung in Münchner Merkur und tz unter dem Titel „Sauerei auf dem Schlachthof“ informiert das Kreisverwaltungsreferat, dass die geschilderten Vorgänge am Morgen des 10. Januar in der Schweineschlachtung München GmbH Gegenstand umfassender behördlicher Ermittlungen sind. Im Raum stehen massive Verstöße gegen das Tierschutzrecht in 653 Fällen und gegen das Fleischhygienerecht wegen des versuchten Inverkehrbringens von Schweinefleisch ohne zwingend vorgeschriebene amtliche Schlachttieruntersuchung.
Gemäß der EU-rechtlichen und nationalen Vorgaben muss bei der Schlachtung von Tieren eine amtliche Schlachttieruntersuchung sowie eine amtliche Fleischuntersuchung durchgeführt werden. Die amtliche Schlachttieruntersuchung erfolgt vor der eigentlichen Schlachtung bei der Anlieferung und dem Entladen der Tiere oder auch in den Warteställen und muss durch einen amtlichen Tierarzt erfolgen. Der Gesetzgeber fordert mindestens einen amtlichen Tierarzt, der während der gesamten Schlachtung anwesend ist. In München werden über die Vorgaben hinaus immer mindestens zwei amtliche Tierärzte eingesetzt, dabei übernimmt ein amtlicher Tierarzt die amtliche Schlachttieruntersuchung und einer die amtliche Fleischuntersuchung. In München wird die Position der amtlichen Schlachttieruntersuchung auf Beschluss des Stadtrats nach Möglichkeit mit sogar zwei amtlichen Tierärzten besetzt. Diese auch als Lebendbeschau bezeichnete Kontrolle dient sowohl dem Tierschutz der Schlachttiere als auch dem Verbraucherschutz, da hierdurch zum Beispiel erkrankte Tiere erkannt werden können, die für die Lebensmittelgewinnung nicht geeignet sind.
Am 10. Januar 2019 wurde am Schlachthof München der überwiegende Anteil der Schlachtschweine ohne die vorgeschriebene Schlachttieruntersuchung geschlachtet. Für die Position war an diesem Tag regulär aus Kapazitätsgründen nur eine amtliche Tierärztin eingeplant. Diese erkrankte kurzfristig und konnte deshalb nicht wie vorgesehen um 3.30 Uhr ihren Dienst antreten. Ohne die gesetzlich vorgeschriebene Schlachttieruntersuchung, die eine Anwesenheit eines amtlichen Tierarztes zwingend voraussetzt, darf nicht geschlachtet werden. Das ist den Betreibern selbstverständlich bekannt. Eine Information über die nicht besetzte Position erfolgte nicht – auch nicht an den ab 5 Uhr anwesenden amtlichen Tierarzt im Reinbereich des Schlachtbetriebs, der für die amtliche Fleischuntersuchung eingeteilt war. Es wurde wie üblich um 4.30 Uhr mit dem Schlachtbetrieb begonnen. Das kam so noch nie vor. Bei einem vergleichbaren Ereignis am 23. März 2018, bei dem sich die amtliche Tierärztin verspätete, wartete der Schlacht-

betrieb wie vorgeschrieben mit dem Schlachtbeginn bis zum Eintreffen der amtlichen Tierärztin. Die Dokumentation der Dienstzeiten erfolgt vollständig, somit ist eine umfassende Überprüfung der Einsätze möglich.
Die Leitung der Unterabteilung Fleischhygienekontrollen des Veterinärwesens erfuhr in einer turnusmäßigen Besprechung mit dem Geschäftsführer der Schweineschlachtung München GmbH um 7.35 Uhr von diesem, dass er gesetzeswidrig die Schweineschlachtung ohne amtlichen Tierarzt begonnen hat.
Daraufhin wurde schnellstmöglich ein amtlicher Tierarzt für die amtliche Schlachttieruntersuchung bereitgestellt, sodass ab 8 Uhr noch 46 Schweine rechtskonform für die Lebensmittelgewinnung geschlachtet werden konnten. Die Schlachtzahl betrug insgesamt 699.
Gemäß Artikel 5 in Verbindung mit Anhang I Abschnitt II Kapitel V Nummer 1 Buchstabe a) der VO (EG) Nr. 854/2004 ist Fleisch für genussuntauglich zu erklären, wenn es von Tieren stammt, die keiner Schlachttieruntersuchung unterzogen wurden. Gemäß den geltenden Vorgaben des Tierischen-Nebenprodukte-Rechts handelt es sich um enstorgungspflichtiges Tierisches-Nebenprodukte-Material. Nach unseren Kenntnissen wurden die Tierkörper verbrannt. Eine andere Verwendung ist wegen der fehlenden Schlachttieruntersuchung gesetzlich nicht möglich.
Die Verantwortung, dass die Schlachtkörper entsorgt werden mussten und nicht mehr als Lebensmittel verwendet werden durften, liegt beim Schlachthofbetreiber. Gemäß Artikel 5 in Verbindung mit Anhang I Abschnitt II Kapitel V Nummer 1 Buchstabe a) der VO (EG) Nr. 854/2004 mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs ist Fleisch für genussuntauglich zu erklären, wenn es von Tieren stammt, die keiner Schlachttieruntersuchung unterzogen wurden.
Über die Vorfälle des 10. Januar und die rechtliche Einschätzung war und ist die Regierung von Oberbayern als zuständige Aufsichtsbehörde zu jedem Zeitpunkt informiert.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 18. Januar 2019

Verbilligten Wohnraum schaffen und erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (Fraktion FDP – HUT) vom 3.4.2018

Vernichtung von günstigem Wohnraum nicht tatenlos zusehen! Eisenbahner-Genossenschaften retten.
Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Alexandra Gaßmann, Marian Offman, Richard Quaas und Walter Zöller (CSU-Fraktion) vom 19.6.2018

Bezahlbaren Wohnraum von Genossenschaften auf Bundesimmobilien erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 19.6.2018

Kein Verkauf zu Höchstpreisen: Bezahlbaren Genossenschaftswohnraum sichern!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller und Alexander Reissl (SPD-Fraktion) vom 20.6.2018

Verbilligten Wohnraum schaffen und erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (Fraktion FDP – HUT) vom 3.4.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 3.4.2018 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Es wurde beantragt, dass der Stadtrat beschließen möge, dass Herr Oberbürgermeister gebeten wird, sich bei der Bundesregierung nicht nur hinsichtlich der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, sondern auch hinsichtlich der Bundeseisenbahnvermögen für den vergünstigten Verkauf von Grundstücken einzusetzen.

Seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch in einer Pressekonferenz zum Thema „Wohnen und Mieterschutz" am 25.1.2018, hat Herr Oberbürgermeister gefordert, dass der Bund in seiner Verantwortung als öffentlicher Grundstückseigentümer Gewinnerzielungsabsichten hinsichtlich seiner Flächen zugunsten des Gemeinwohls unterordnet, dies insbesondere auch für die Flächen, die im Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

Auf allen relevanten Ebenen – vom Deutschen Städtetag über die Spitzen der Parteien im Bundestag sowie über die Landesregierung und die Bundesregierung – setzt sich die Landeshauptstadt München für eine Veränderung der landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zum Mieterschutz ein.

Allerdings sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommune gerade in diesem speziellen Fall relativ begrenzt, da es sich um privatrechtliche Vertragsverhältnisse zwischen den Baugenossenschaften und dem Bundeseisenbahnvermögen handelt. Die Erstzugriffsoption der Stadt auf entbehrliche Grundstücke des Bundes bezieht sich derzeit leider nur auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Um in der Sache dennoch weiter zu helfen, hat Herr Oberbürgermeister Reiter mit Schreiben vom 20.6.2018 den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit Abdruck an den Bundesminister für Finanzen) zu

einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Baugenossenschaft nach München eingeladen (s. Anlage). Eine Antwort steht noch aus.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Die Anlage zur Antwort kann abgerufen werden unter:
www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=4911266

Vernichtung von günstigem Wohnraum nicht tatenlos zusehen! Eisenbahner-Genossenschaften retten.
Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Alexandra Gaßmann, Marian Offman, Richard Quaas und Walter Zöller (CSU-Fraktion) vom 19.6.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 19.6.2018 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Im Antrag wurde Herr Oberbürgermeister gebeten, mit dem Bundesfinanzminister Gespräche über eine Rettung des bisher günstig vermieteten Wohnungsbestandes der Eisenbahner-Genossenschaften zu führen und auch im Deutschen Städtetag die Initiative für einen Erhalt der Eisenbahner-Genossenschaftswohnungen zu ergreifen.

Seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch in einer Pressekonferenz zum Thema „Wohnen und Mieterschutz" am 25.1.2018, hat Herr Oberbürgermeister gefordert, dass der Bund in seiner Verantwortung als öffentlicher Grundstückseigentümer Gewinnerzielungsabsichten hinsichtlich seiner Flächen zugunsten des Gemeinwohls unterordnet, dies insbesondere auch für die Flächen, die im Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

Auf allen relevanten Ebenen – vom Deutschen Städtetag über die Spitzen der Parteien im Bundestag sowie über die Landesregierung und die Bundesregierung – setzt sich die Landeshauptstadt München für eine Veränderung der landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zum Mieterschutz ein.

Allerdings sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommune gerade in diesem speziellen Fall relativ begrenzt, da es sich um privatrechtliche Vertragsverhältnisse zwischen den Baugenossenschaften und dem Bundeseisenbahnvermögen handelt. Die Erstzugriffsoption der Stadt auf entbehrliche Grundstücke des Bundes bezieht sich derzeit leider nur auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Um in der Sache dennoch weiter zu helfen, hat Herr Oberbürgermeister Reiter mit Schreiben vom 20.6.2018 den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit Abdruck an den Bundesminister für Finanzen) zu

einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Baugenossenschaft nach München eingeladen (s. Anlage). Eine Antwort steht noch aus.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Die Anlage zur Antwort kann abgerufen werden unter:
www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=5004350

Bezahlbaren Wohnraum von Genossenschaften auf Bundesimmobilien erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 19.6.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 19.6.2018 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Es wurde beantragt, dass sich Herr Oberbürgermeister mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere mit dem Finanz- und Verkehrsministerium ins Benehmen setzt, um eine zeitnahe Lösung für den durch auslaufende Erbbaurechte drohenden Verlust von bezahlbarem genossenschaftlichen Wohnraum zu finden.

Seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch in einer Pressekonferenz zum Thema „Wohnen und Mieterschutz“ am 25.1.2018, hat Herr Oberbürgermeister gefordert, dass der Bund in seiner Verantwortung als öffentlicher Grundstückseigentümer Gewinnerzielungsabsichten hinsichtlich seiner Flächen zugunsten des Gemeinwohls unterordnet, dies insbesondere auch für die Flächen, die im Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

Auf allen relevanten Ebenen – vom Deutschen Städtetag über die Spitzen der Parteien im Bundestag sowie über die Landesregierung und die Bundesregierung – setzt sich die Landeshauptstadt München für eine Veränderung der landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zum Mieterschutz ein.

Allerdings sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommune gerade in diesem speziellen Fall relativ begrenzt, da es sich um privatrechtliche Vertragsverhältnisse zwischen den Baugenossenschaften und dem Bundeseisenbahnvermögen handelt. Die Erstzugriffsoption der Stadt auf entbehrliche Grundstücke des Bundes bezieht sich derzeit leider nur auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Um in der Sache dennoch weiter zu helfen, hat Herr Oberbürgermeister Reiter mit Schreiben vom 20.6.2018 den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit Abdruck an den Bundesminister für Finanzen) zu einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Baugenossenschaft nach München eingeladen (s. Anlage). Eine Antwort steht noch aus.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Die Anlage zur Antwort kann abgerufen werden unter:
www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=5004292

Kein Verkauf zu Höchstpreisen: Bezahlbaren Genossenschaftswohnraum sichern!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller und Alexander Reissl (SPD-Fraktion) vom 20.6.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 20.6.2018 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Im Antrag wird Herr Oberbürgermeister gebeten, sich bezüglich der Wohnanlagen der Eisenbahnergenossenschaften beim Bundesverkehrsminister für eine Lösung einzusetzen, die bezahlbare Mieten sicher stellt.

Seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch in einer Pressekonferenz zum Thema „Wohnen und Mieterschutz" am 25.1.2018, hat Herr Oberbürgermeister gefordert, dass der Bund in seiner Verantwortung als öffentlicher Grundstückseigentümer Gewinnerzielungsabsichten hinsichtlich seiner Flächen zugunsten des Gemeinwohls unterordnet, dies insbesondere auch für die Flächen, die im Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

Auf allen relevanten Ebenen – vom Deutschen Städtetag über die Spitzen der Parteien im Bundestag sowie über die Landesregierung und die Bundesregierung – setzt sich die Landeshauptstadt München für eine Veränderung der landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zum Mieterschutz ein.

Allerdings sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommune gerade in diesem speziellen Fall relativ begrenzt, da es sich um privatrechtliche Vertragsverhältnisse zwischen den Baugenossenschaften und dem Bundeseisenbahnvermögen handelt. Die Erstzugriffsoption der Stadt auf entbehrliche Grundstücke des Bundes bezieht sich derzeit leider nur auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Um in der Sache dennoch weiter zu helfen, hat Herr Oberbürgermeister Reiter mit Schreiben vom 20.6.2018 den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit Abdruck an den Bundesminister für Finanzen) zu einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Baugenossenschaft nach München eingeladen (s. Anlage). Eine Antwort steht noch aus.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Die Anlage zur Antwort kann abgerufen werden unter:
www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=5007783

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Freitag, 18. Januar 2019

Öffnung, Erhalt, Ausbau und Schutz einer grünen Lunge zwischen Laim und Pasing-Landschaftspark Pasing-Laim-Blumenau-Hadern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Heike Kainz, Johann Sauerer und Frieder Vogelsgesang (CSU-Fraktion)

Entwicklung von Futsal in München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion)

Fortschreibung Nahverkehrsplan: Nutzungsdichte in Naherholungsgebieten berücksichtigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Alexandra Gaßmann
Stadtrat Frieder Vogelsgesang
Stadträtin Heike Kainz
Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

18.01.2019

Öffnung, Erhalt, Ausbau und Schutz einer grünen Lunge zwischen Laim und Pasing-Landschaftspark Pasing-Laim-Blumenau-Hadern

Dem Stadtrat wird durch eine Machbarkeitsstudie dargestellt, wie auf Teilen des Geländes Gotthardstraße/Willibaldstraße/Senftenauerstraße im Bereich der städtischen Baumschule neben möglicher Wohnbebauung eine Frischluftschneise erschlossen werden kann, welche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, als Park zur Freizeitgestaltung genutzt und als grüne Lunge ausgebaut werden kann. Von diesem Gelände aus soll in einem Grünkorridor eine Verbindung mit dem Pasinger Stadtpark geschaffen werden.

Zu diesem Zwecke wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, wie die städtische Baumschule an den Stadtrand oder außerhalb des Stadtgebiets verlagert werden kann.

Begründung:

Das Wachstum Münchens und der fehlende Wohnraum erfordern allenthalben intensiven Wohnungsneubau und Nachverdichtung. Vor wenigen Jahren unvorstellbare Reserveflächen müssen inzwischen für den Wohnungsbau und die notwendige Infrastruktur herangezogen werden.
Man kann die Notwendigkeit einer Baumschule in inzwischen wertvollstem Siedlungsgebiet auf Stadtgebiet zurecht hinterfragen. Grünflächen als Ausgleichsflächen für die Bevölkerung sind jedoch für eine liebens- und lebenswerte Stadt unerlässlich. Je mehr Menschen auf wenigem Raum verteilt leben, so dringender bedarf es Ausgleichsflächen für die Naherholung und die Freizeitgestaltung. Angesichts des Klimawandels sind Grünflächen ebenfalls für die Klimaanpassung und den Erhalt der Durchlüftungssituation großflächiger Siedlungsbereiche in Pasing und Laim dringend notwendig.
Langfristige Stadtgestaltung bedarf frühzeitig mutiger, bestandskräftiger Entscheidungen. Ohne eine solche Entscheidung gäbe es heute den Englischen Garten wohl nicht mehr. Auch der Nymphenburger Schlosspark wäre vom Wohnungsbau kontinuierlich eingeschränkt worden. Angesichts des anhaltenden Wohnungsbaus und des Aufbrauchens der letzten Flächenreserven in Laim und Pasing ist die notwendige grüne Lunge vom Gelände der bisherigen Baumschule im Bereich der Gotthardstraße/Willibaldstraße/Senftenauerstraße über die Blumenau am südlichen

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.com

Stadtrand entlang bis zum Pasinger Stadtpark langfristig zu sichern.
Laim hat kaum öffentliche Grünflächen, im südlichen Pasing wächst die Stadt ungebremst an den Stadtrand heran, so dass vorhandenes Grün immer mehr verloren geht.

Die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen ist für die Zukunftsfähigkeit der Stadt München unerlässlich. Jedoch ist es auch im Interesse der Umwelt, im Hinblick auf das ökologische Gleichgewicht, vor allem auf die Durchlüftungssituation (Frischluft und Kühlung im Sommer) und zur Naherholung der Menschen im Umgriff des vorgesehenen Bereichs zeitnah Ausgleichsflächen zu schaffen und diese langfristig zu sichern.
Im Sinne einer nachhaltigen und ausgewogenen Stadtplanung sind jetzt die Weichen für eine Frischluftschneise von Laim nach Pasing zu stellen.

Initiative:

Alexandra Gaßmann Stadträtin	Frieder Vogelsgesang Stadtrat	Heike Kainz Stadträtin	Johann Sauerer Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.com

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 18.01.2019

Anfrage: Entwicklung von Futsal in München?

Anfrage

Die Stadtverwaltung gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie entwickelt sich aktuell die Sportart Futsal?
2. Steigen die Bedarfe?
3. Gibt es Probleme bei den Hallenkapazitäten, so dass anfragende Vereine abgewiesen werden mussten?
4. Wie kann die Sportart Futsal bestmöglich unterstützt werden?

gez.

Verena Dietl
Kathrin Abele
Haimo Liebich
Christian Müller
Cumali Naz
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ödp
Ökologisch-Demokratische Partei

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.01.2019

Antrag
Fortschreibung Nahverkehrsplan: Nutzungsdichte in Naherholungsgebieten berücksichtigen

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird aufgefordert, im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt München die für die Anwendung der Qualitätsstandards zugrunde gelegte Gebietstypeneinteilung abweichend vom aktuellen Ansatz zu überarbeiten: Für die Bestimmung der Gebietskategorien soll die Nutzungsdichte in allen Gebieten nicht nur anhand der Einwohnerdichte und Arbeitsplatzdichte, sondern auch anhand der „Freizeitdichte“, d.h. des Aufkommens an Naherholungssuchenden und Touristen, ermittelt wird.

Begründung

Mit Beschluss vom 30.09.2015 hat die Vollversammlung des Stadtrates die Stadtverwaltung mit der Fortschreibung des Münchner Nahverkehrsplans beauftragt.[1]

Als erstes Zwischenergebnis wurden der Öffentlichkeit am 06.12.2018 die geplanten neuen Qualitätsstandards vorgestellt.[2]

Bei der für das gesamte Stadtgebiet vorgenommenen geplanten Gebietstypeneinteilung fiel auf, dass sehr stark frequentierte Naherholungsflächen wie der südliche Englische Garten, der Nymphenburger Park, die Isarauen, der Olympiaberg und der Luitpoldpark in die Gebietskategorie „sehr geringe Nutzungsdichte“ eingestuft wurden. Auch das Touristen-Eldorado Theresienwiese weist eine „sehr geringe Nutzungsdichte“ auf.[3] Auf Nachfrage, wie es zu dieser, der allgemeinen Wahrnehmung widersprechenden, Einstufung gekommen sei, erklärten die anwesenden Experten, dass für die Bestimmung der Nutzungsdichte nur die Daten zur Einwohnerdichte und Arbeitsplatzdichte verwendet wurden.

Da in der Groß- und Weltstadt München für den Bedarf an öffentlichen Nahverkehrsmitteln und deren Nutzungsintensität zweifellos auch die Zahl der Naherholungssuchenden und der Touristen relevante Größen sind, ist es dringend erforderlich, in die Gebietskategorien, welche als Basis für die Planung des künftigen Nahverkehrsangebots dienen, Werte für die „Freizeitdichte“ einzuarbeiten.

Tobias Ruff (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE), Sonja Haider (ÖDP), Cetin Oraner (DIE LINKE)

1 Vorlagen-Nr.: 14-20 / V 03603, unter: www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=3703936
2 www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Verkehrsplanung/Oeffentlicher-Personennahverkehr/Nahverkehrsplan.html
3 Seite 7, unter: www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:38070d75-5b90-4eab-938f-bad8fdc8073f/20181206_NVP_Folien_Gevas.pdf

Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe
Rathaus, Marienplatz 8 ● Stadtratsbüro: Zimmer 174 - 176 ● 80331 München
ÖDP: Telefon: 089 / 233 – 259 22 ● E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 ● Fax: 089 / 233 - 2 81 08 ● E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Freitag, 18. Januar 2019

Regionaler Nahverkehrsplan steht zum Download bereit
Pressemitteilung MVV

Schauburg sucht Probenpublikum für ein neues Kleinkinderstück
Pressemitteilung Schauburg – Theater für junges Publikum

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
Pressestelle
Franziska Hartmann
Thierschstraße 2 · 80538 München
S-Bahn, Bus und Tram bis Isartor

Telefon: 089/2 10 33-224
Telefax: 089/2 10 33-288

presse@mvv-muenchen.de
www.mvv-muenchen.de

München, 18. Januar 2019

Regionaler Nahverkehrsplan steht zum Download bereit

Die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) GmbH übernimmt als Verbundgesellschaft vielfältige Aufgaben rund um den öffentlichen Personennahverkehr. Unter anderem erstellt sie alle fünf Jahre den Nahverkehrsplan für den regionalen Nahverkehrsraum München. Die aktualisierte Version, mit allen Zahlen und Fakten, steht seit Kurzem unter www.mvv-muenchen.de/RNP zum Download bereit.

Ein Regionaler Nahverkehrsplan ist nach dem Gesetz zum öffentlichen Personennahverkehr in Bayern zu erstellen, wenn zwischen mehreren Kommunen Verkehrsbeziehungen „in wesentlichem Umfang“ bestehen. Mehr als 400.000 Fahrgäste auf den Schienen und über eine Million KFZ-Pendler/innen, die die Stadtgrenze der bayerischen Landeshauptstadt pro Werktag überschreiten, begründen die Erstellung des Nahverkehrsplans für die Region München. Die MVV GmbH übernimmt diese Aufgabe.

Der Regionale Nahverkehrsplan hat folgende Inhalte:

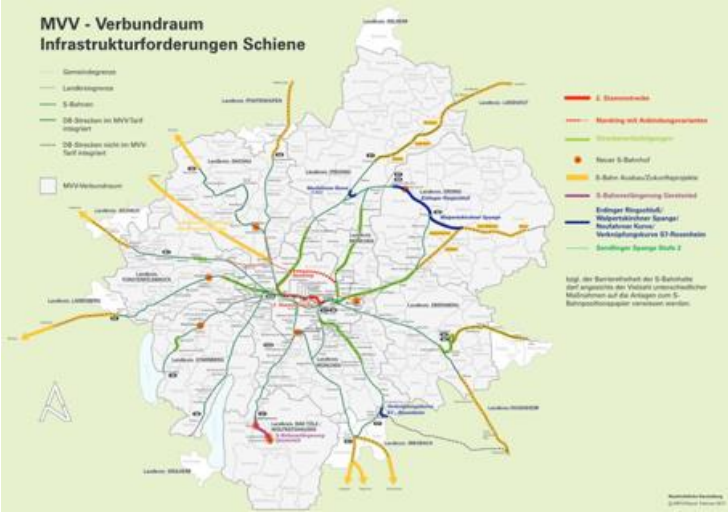
- Bestandsaufnahme und Schwachstellenanalyse der Verkehrseinrichtungen,
- Prognose des zu erwarteten Verkehrsaufkommens,
- umfassende Zusammenstellung künftiger Projekte und Planungen sowie
- Ziele und Maßnahmen zur bestmöglichen Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Aktuell liegt der Regionale Nahverkehrsplan (RNP) in der dritten Fortschreibung vor, unter Berücksichtigung der Daten der Studie "Mobilität in Deutschland 2017" (MiD 2017). Aufgenommen wurden unter anderem auch neue Kapitel zur Fahrplanauskunft, zum Redesign der S-Bahn-Züge, zum Ticketnavigator und zum Bahnhofsinformationssystem. Außerdem wurde eine ausführlichere Darstellung der Angebotsverbesserungen im Regionalbusverkehr eingefügt und das Positionspapier der Landkreise zum

PRESSE-INFO

Partner Bayerische Klima-Allianz

Ausbau der S-Bahn neu mit aufgenommen. Daten und Grafiken wurden, soweit verfügbar, auf den Stand 2017 aktualisiert.



■

PRESSE-INFO

Partner
Bayerische Klima-Allianz

Schauburg Franz-Joseph-Straße 47 80801 München

PRESSEMITTEILUNG

Schauburg sucht Probenpublikum
für ein neues Kleinkinderstück

München, 17. Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit entwickeln die beiden Künstlerinnen Anna Grüssinger und Josefine Rausch an der Schauburg ein neues Stück für die Allerkleinsten ab 3 Monaten: „Lumi“ ist ein Tanztheater für alle, die noch nicht laufen können und beschäftigt sich mit Fragen des (Ein-)Schlafens und (Auf)Wachens, mit Einschlafritualen, Licht und Dunkelheit.
Die Uraufführung findet am Samstag, 16. März statt.

Im Rahmen der Proben lädt das Produktionsteam am Freitag, 1. Februar, Donnerstag, 21. Februar und Samstag, 23. Februar zu Probenbesuchen in die Schauburg ein. Hierfür können sich Eltern mit ihren Babys ab sofort anmelden. Die Babys sollten mind. 3-4 Monate alt sein. Ältere Babys sollten noch Krabbelkinder sein und noch nicht laufen können.

Bei der Probe werden kurze Ausschnitte aus dem Stück gezeigt. Diese Erfahrungen der direkten Begegnung mit dem Publikum nimmt das Schauburg-Team dann mit in die weitere Entwicklung des Stücks. So kann bis zur Premiere im März zielgruppengerecht weitergearbeitet werden.

Informationen und Anmeldung zum Probenbesuch unter
michaela.oswald@schauburg.net.

„Lumi“ entsteht an der Schauburg in Kooperation mit dem belgischen Theatermacher Karel Van Ransbeeck, dem Leiter des Theater De Spiegel, das sich seit Jahrzehnten der Theaterarbeit für die Allerkleinsten verschrieben hat.

Probentermine für „Lumi“ in der Schauburg
Fr, 1. Februar 2019, 11.30-12.30 Uhr
Do, 21. Februar 2019, 11.30-12.30 Uhr
Sa, 23. Februar 2019, 11.00-12.00 Uhr
Anmeldung: michaela.oswald@schauburg.net

Pressekontakt
Schauburg - Theater für junges Publikum der Landeshauptstadt München
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Michaela Oswald
Tel: 089 233 371 -64
E-Mail: presse@schauburg.net